

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung  
des Rates  
vom 18.02.2021**

Beginn: 20:00 Uhr

Ende: 21:57 Uhr

**Anwesend sind:**

**Entschuldigt fehlen:**

**Einwohnerfragestunde**

RV Leefers eröffnet die Einwohnerfragestunde.

Ein Bürger äußert sich zur CO<sub>2</sub>-Einsparung bezüglich des Fahrradweges. Er fragt, ob eine vorher-nachher CO<sub>2</sub>-Berechnung zur Einsparung durchgeführt werde, um diesen Weg zu erstellen.

RH von Hoyningen-Huene erwidert, dass die Berechnung kompliziert sei. Man könne nicht zuverlässig berechnen, wie es sich auswirkt. Er ist der Ansicht, man müsse Fahrradfahrern ein Angebot machen, dann werde es auch in Anspruch genommen.

Bgm Weber ergänzt, dass es nicht nur darum geht, CO<sub>2</sub>-Werte miteinander zu vergleichen, sondern dass es insgesamt um eine Verkehrswende geht, um Menschen raus aus dem Auto auf das Fahrrad zu bringen. Er sieht eine Bestätigung in der Förderung des Umweltministeriums.

RV Leefers schließt die Einwohnerfragestunde.

**TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen  
Ladung und der Beschlussfähigkeit**

VorlNr.

---

RV Leefers eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Allen erkrankten Ratsmitgliedern wird von dieser Stelle beste Genesung gewünscht.

Auf Bitte von RF Niemeier trägt er vor, dass aufgrund der Hausordnung die Mund-Nasenschutz-Maske auf dem Weg zum Platz getragen werden möge und zum Sitzen abgenommen werden könne. Es bleibt jedem freiwillig zu entscheiden, ob die Maske dauerhaft getragen werde.



RH Niestädt vermag den Sinn einer Verbesserung des innerstädtischen Verkehrs derzeit nicht zu erkennen, von daher hält er diese Investition in den künftigen nach-Corona-Jahren für nicht finanzierbar. Er stimme jedoch zu, wenn der Bürgermeister erklärt, dass in den Eigenmitteln der Stadt Rotenburg in Höhe von 600.000 Euro eine hochwassersichere Querung zwischen Ronolulu und dem Bahnhof am Parkplatz enthalten ist.

Für RH Schenckenberg erscheint der geplante Radweg als tolles Projekt. Allerdings mahnt er dazu, Weitsicht walten zu lassen, welche Konsequenzen dies habe. Das Projekt werde zukunftsweisend und ökologisch wertvoll dargestellt. Er meint, auf einen zweiten Blick sei dies nicht der Fall. Hierbei werden ca. 10.000 qm Fläche, die sich die Natur im Laufe der Jahre zurückgeholt hat, mit Asphalt versiegelt; die Trasse sei stellenweise so zugewachsen, dass kein Durchkommen mehr möglich ist. Um die Artenvielfalt zu erhöhen, sei eine Zerschneidung der Landschaft zu verhindern. Die Stadt Rotenburg hat für den Haushalt 2020 20.000 Euro eingestellt, um die Biotopvernetzung zu fördern. Er ist der Ansicht, dass für den Radweg diese Dinge „über Bord geworfen“ werden und das Gegenteil geäußert werde. Er fragt, warum hier mit zweierlei Maß gemessen werde. Biotopverbund bedeute, möglichst flächendeckend, regional, überregional, international, Verbundachsen zu schaffen, um auch wandernde Arten mit großen Raumansprüchen zu berücksichtigen. Er glaubt nicht, dass der Radverkehr hiermit gemeint sei. Weiterhin hat er den Eindruck gewonnen, dass es hier um Prestige geht und eine Möglichkeit, Projekte aus Steuergeldern zu finanzieren, die sonst aus dem Unterhaltungstopf der Stadt fließen müssten. Er hebt hervor, dass es sinnvollere Projekte gibt, die mit diesen Geldern gefördert werden sollten. Es sei den Bürger\*innen zu erklären, warum Neues geschaffen werde, aber die Stadt nicht in der Lage sei, vorhandene Strukturen vernünftig zu unterhalten. In einem offenen Brief im Mai 2019 habe er Rat und Verwaltung hierauf hingewiesen. Er stellt heraus, dass es für den Radverkehr genügend Alternativen gebe. Auf Initiative der AG WIR-FDP ist das Verkehrsentwicklungskonzept auf den Weg gebracht worden. Hierbei wird die Gesamtsituation Rotenburgs untersucht. Er ist der Meinung, dass das Ergebnis abzuwarten sei, da die Höhe der Kosten für diese anstehenden Maßnahmen nicht absehbar sei. Es wundert ihn, dass der Bahnhof Rotenburg für die Nachbargemeinden nunmehr wichtig sei, da keiner sich an den Kosten bezüglich des HVV-Anschlusses beteiligen wollte. Nach Abwägung der Vor- und Nachteile könne er dem Projekt nicht zustimmen.

RF Dembowski entgegnet, dass es viele Vorzüge gebe, die dieser Weg beinhaltet. Der Fidi-Bohn-Wech erlaube eine Umgehung des vorhandenen, defizitären Radweges, teilweise mit landwirtschaftlichen Wegen mit Schotter und Sand, entlang der Bundesstraße. Der Fidi-Boon-Wech könne auch mit E-Bikes befahren werden, die von vielen Menschen genutzt werden, um auch zur Arbeit zu gelangen. Diese Form der Verkehrsführung werde zunehmend von Menschen genutzt, der ein wichtiger Beitrag zur Mobilitätswende darstellt, ohne die keine CO<sub>2</sub>-Einsparung erreicht werden könne. Außerdem sei der Radweg auch geeignet, Impulse zu setzen, um auf das Fahrrad umzusteigen und das Auto stehen zu lassen. Durch den Weg werden die Wohngebiete Rotenburgs annähernd konfliktfrei an den Bahnhof angebunden. Am Neuen Markt werde entlastet und auch Kinder können hiermit besser zu den Schulen gelangen. Des Weiteren bemerkt sie, dass es sich bei der zugewachsenen Trasse nicht um unberührte Fläche handelt. Auch wenn für die Asphaltierung des alten Bahndammes rechts und links Büsche fallen müssen, können mit 80.000 Euro für das Anlegen von Kleinstbiotopen, die eingestellt wurden, entgegengewirkt werden. Sie ist der Ansicht, dass das, was im Vorfeld schon an Flächenverbrauch oder Landschaftszerstörung geleistet worden sei, u.a. auch unter FDP-Landwirtschaftsminister Sander, sei der Fidi-Boon-Wech im Verhältnis eine Kleinigkeit. Sie glaubt, versichern zu können, dass im Hinblick auf Naturschutz auch ein Augenmerk von der Naturschutzbehörde gelegt werde.

RH Schwedesky merkt an, dass mit 1,7 Mio. Euro, die die Stadt erhalte, „Geld süchtig und gierig mache“. Dieses Geld ist aufgrund des Antrages einer Bundeszuwendung auf Ausgaben zur Förderung für Klimaschutz durch Radverkehr im Rahmen der nationalen Klimaschutzinitiative gewährt worden. Für einen Radweg, der durch die grüne Natur geht. Er schließt sich RH Schenckenbergs Ausführungen an. Er vermag sich nicht vorzustellen, wie



**TOP 5 Erstellung eines stadtauswärts rechtsseitigen Fußweges hinter dem Parkstreifen an der Bremer Straße, Beginn: Zuwegung zum Seglerheim bis zum Eingang zum Weichelsee am Strandhouse; Ratsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.09.2020**

VorlNr.  
0910/2016-2021

RF Dembowski zeigt sich einverstanden mit dem Vorschlag der Verwaltung, bei der RF Behr eine gute Alternative geboten habe, dass auf der anderen Seite des Weichelsees ein Parkplatzgelände hergerichtet wird. Des Weiteren sei um Prüfung gebeten worden, ob die Geschwindigkeit am Weicheler Damm herabgesetzt werden kann und eine Querung eventuell durch einen Zebrastreifen sowie ein Parkverbot auf der rechten Seite umgesetzt werden könne.

Bgm Weber dankt für den Antrag, da auch er es als problematisch betrachtet, dass immer mehr PKW's dort untergebracht werden müssen und es zu einigen Gefahrensituationen gekommen sei. Es sei gewünscht, die Bäume zu erhalten, die für einen Gehweg hätten gefällt werden müssen. Auch aus Kostengründen sei es sinnvoller, die Parkplätze von der Straße herunter zu bringen und den Parkplatz zu sichern inklusive Querungshilfe und mit der Prüfung einer Tempo-30-Zone. Eine Kostenschätzung werde für das Einbringen des Haushaltes 2022 vorbereitet. Er erwähnt, dass Herr Nielebock in den nächsten zwei Jahren eine neue Gastronomie eröffnen wolle und hofft, dass bis dahin die Parkplatzgestaltung realisiert sein werde.

RH Hickisch drückt seine Freude darüber aus. Er erinnert, dass er am 27.08.2020 eine Anfrage wegen Unfallgefahr für Verkehrsteilnehmer gestellt habe. Die damalige Antwort habe geheißen, dass eine Dringlichkeit zur Handlung nicht gesehen werde. Daraufhin wurde am 17.09.2020 der Antrag für die Erstellung eines rechtsseitigen Fußweges gestellt, der am 11.11.2020 im Ausschuss für Straßen- und Tiefbau beraten wurde. Er dankt allen Ratsmitgliedern, da die akute Unfallgefahr von allen auch wahrgenommen werde. Da er davon ausgeht, dass im kommenden Sommer ein großer Zulauf am Weichelsee erfolgen wird, bittet er die Verwaltung bis zur Umsetzung der Maßnahmen ggfs. Hinweisschilder aufzustellen, wie z.B. Achtung Fußgänger.

Bgm Weber meint, dass er von RH Hickisch bezüglich der Dringlichkeit missverstanden worden sei, sonst würde es nicht in den Haushalt eingestellt werden sollen.

RV Leefers verliert den Beschlussvorschlag mit der Ergänzung.

**Ergänzter Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt **einstimmig**, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.09.2020 auf Erstellung eines stadtauswärts rechtsseitigen Gehweges an der Bremer Straße zwischen der Zufahrt zum Seglerheim und der Zufahrt zum Strandhouse abzulehnen.

**Die Verwaltung wird beauftragt, den vorgetragenen Vorschlag der Parkmöglichkeiten auf einem zu erstellenden Parkplatz am Weichelsee zu konkretisieren und Mittel im Haushalt 2022 dafür zu veranschlagen.**

**TOP 6 Beitritt der Stadt Rotenburg zum ICAN-Städteappell (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen); Ratsantrag Bündnis 90/Die Grünen vom 05.01.2021**

VorlNr.  
0987/2016-2021

RF Dembowski berichtet, dass der Antrag durch die Anregung der örtlichen IPPNW-Gruppe entstanden sei. Die IPPNW-Gruppe ist die deutsche Sektion zur Verhütung des Atomkrieges und Ärzte in sozialer Verantwortung. Diese Gruppe werde ihre Jahrestagung, die deutschlandweit stattfindet, in Rotenburg stattfinden lassen. Bei dem ICAN-Antrag handelt es sich um einen Städteappell zur Abschaffung von Atomwaffen. Des Weiteren wurde diese Kam-

pagne 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Mit dem Beitritt des 50. Staates am 21.01. ist dieser UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen auch ratifiziert worden und in Kraft getreten. Durch den Städteappell wolle die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein Zeichen setzen, dass auch Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag beitrifft. Sie unterstreicht, dass es höchste Zeit ist, eine Gefährdung durch atomare Aufrüstung zu benennen und zu verbieten. Sie bittet die Ratsmitglieder mit Ihrer Stimme die Sicherheit nicht nur hier, sondern in der ganzen Welt, zu fördern.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) **lehnt bei 14 Nein-Stimmen und 13 Ja-Stimmen mehrheitlich ab**, dass die Stadt Rotenburg (Wümme) dem ICAN-Städteappell beitrifft und damit die Bemühungen, ein weltweites Verbot von Atomwaffen durchzusetzen.

**TOP 7      Aufrechterhaltung der städtischen Schulsozialarbeit an den  
Grundschulen in Rotenburg (Wümme)**

VorlNr.  
0998/2016-2021

---

Bgm Weber erläutert, dass an den Schulen zur Unterstützung der Lehrer\*innen bereits im Jahr 2008 Sozialarbeiter an die Seite gestellt worden seien. Im Jahr 2016 habe das Land entschieden, soziale Arbeit auch an den Schulen zu fördern und deswegen auch zusätzliche Kräfte einzustellen. Seit letztem Jahr werden die Sozialarbeiter der IGS durch das Land finanziert. Auch für die Grundschulen werden Sozialpädagogen eingestellt. Um wichtige zusätzliche Aufgaben und Projekte weiterhin an den Grundschulen umsetzen zu können, ist der Antrag der Verwaltung, die Sozialarbeiter weiterhin an der Schule einzusetzen, da sie wertvolle Arbeit leisten. Hierbei seien keine Stellenerweiterungen oder -einsparungen gegeben. Er ist überzeugt, dass hierdurch wenig Konflikte, wenig Gewalt und eine hohe Sozialkompetenz für die Schüler\*innen geschaffen werde. Er bittet dem zuzustimmen.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt **einstimmig** den Erhalt der städtischen Schulsozialarbeit als bedarfsgerechtes Unterstützungsangebot zur sozialpädagogischen Fachkräfteausstattung des Landes Niedersachsen an den drei Grundschulen.

**TOP 8      Änderung der Satzung über die Entschädigung der Ratsmit-  
glieder, der Ehrenbeamten sowie der anderen ehrenamtlich  
Tätigen der Stadt Rotenburg (Wümme) - hier: Aufwandsent-  
schädigung für Schiedspersonen.**

VorlNr.  
0962/2016-2021

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt **einstimmig** die Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung der Ratsmitglieder, der Ehrenbeamten sowie der anderen ehrenamtlich Tätigen der Stadt Rotenburg (Wümme).

**TOP 9      Keine Erhebung von Benutzungsgebühren (Elternbeiträgen)  
für beitragspflichtige Kinder, die die Kindertagesstätte wäh-  
rend der Corona-Pandemie im Kindergartenjahr 2020/2021  
nicht besuchen**

VorlNr.  
0985/2016-2021

---

RV Leefers teilt mit, dass dies bereits in vorauseilendem Gehorsam umgesetzt worden sei. Der Verwaltungsausschuss habe das mit dem Bürgermeister so abgestimmt und es müsse der Form halber jetzt noch nachbeschlossen werden, damit alles seine Ordnung habe.

## **Beschluss:**

Der Rat beschließt **einstimmig**, im Kindergartenjahr 2020/2021 für den Zeitraum der Corona-Pandemie keine Benutzungsgebühren (Elternbeiträge) für die Tage zu erheben, an denen die beitragspflichtigen Kinder nicht in der Kindertagesstätte betreut wurden.

## **TOP 10 Verleihung der Ehrenbürgerrechte**

VorNr.  
0981/2016-2021

Für Bgm Weber ist dies etwas ganz persönliches, Herrn Rolf Ludwig, der unter den Zuhörern sitzt, die Ehrenbürgerrechte zu verleihen. Die Verleihung werde in einer separaten Veranstaltung vollzogen. Das, was Herr Ludwig nicht nur für den Sport gemacht hat, ist in der Beschlussvorlage ausführlich erläutert. Er drückt seinen Dank aus, dass Herr Ludwig nicht nur für den Sport, sondern sich auch sozial engagiert und sich intensiv mit darum bemüht habe, dass der Flugplatz in städtischer Hand ist. Des Weiteren geht er auf das Stadthausprojekt, den Bürgersaal ein, in dem der Verein Simbav ziehen werde. Besonders erwähnt er, den mit ¼ Mio. Euro zusätzlich geschaffenen Sportplatz und dass er ein Kinderheim vor der Insolvenz bewahrt habe. Daher schlägt er vor, Herrn Ludwig die Ehrenbürgerrechte als größte Ehrung zu verleihen und ihn bei positivem Beschluss an das Mikrofon zu bitten.

RH Niestädt zeigt sich überrascht zu der Vielzahl der Verdienste. Er merkt an, dass nicht viele Ehrenbürgerrechte verliehen worden seien und er sich nicht ausreichend informiert habe. Auch durch Gespräche mit Bürger/n\*innen sehe er sich nicht in der Lage, dem zuzustimmen und ist der Ansicht, dass die Demokratie dies aushalten müsse.

RH Grafe kennt Herrn Ludwig fast 50 Jahre und wisse, dass er mit tiefen Engagement dabei ist. Er freue sich, wenn er heute Ehrenbürger werde.

RH Hickisch ergänzt einen weiteren Aspekt, der strahlenden Kinderaugen bei den durch Herrn Ludwig über 42 Jahre lang organisierten Kinderfaschingsfeiern im Bürgersaal. Er meint, er habe die Ehrenbürgerrechte mehr als verdient.

RF Dembowski drückt ihren Dank für sein vielfältiges Engagement mit dem Zitat: „Heimat lässt sich nicht verschenken – Heimat lässt sich gestalten“, zu der Herr Ludwig in bester Weise beigetragen habe.

RH Purrucker schließt sich an, dass Herr Ludwig die Ehrenbürgerrechte definitiv verdiene. Geld habe für ihn keine Rolle gespielt, er habe so vielen geholfen und nicht gewollt, dass man darüber redet.

RV Leefers merkt an, dass dies alles Empfehlungen zur Abstimmung sind und nunmehr abgestimmt werde.

RV Leefers richtet nach positiver Abstimmung seinen Glückwunsch an Herrn Ludwig zur Übertragung der Ehrenbürgerrechte.

Herr Ludwig bedankt sich mit den Worten, dies sei das Höchste, was man erreichen kann. Er werde für Rotenburg weiterhin alles geben und weiter investieren, wie z.B. mit einem jährlichen Betrag in Höhe von 12.000 Euro für den Verein Simbav und dem Umbau des Bürgersaals, der über die Stiftung finanziert werde. Er steht für Rotenburg und ist sehr dankbar.

RV Leefers hebt zur Abstimmung hervor, dass auch Mut dazu gehört, wenn man anderer Auffassung ist und dies zu sagen.

## **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt **bei einer Gegenstimme mehrheitlich**, Herrn Rolf Ludwig die Ehrenbürgerrechte zu verleihen.

**TOP 11 Annahme und Weiterleitung von Spenden über 2.000 Euro**

VorlNr.  
0977/2016-2021

RH Wagner wolle in Erfahrung bringen, wo die Gelder hinfließen und ob eine Antwort an das Protokoll gehängt werden könne.

Bgm Weber bittet darum, dies im Seniorenbeirat zu erörtern.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt **einstimmig** folgende Zuwendung (Spende) über 2.000 Euro anzunehmen und für den genannten Zweck zu verwenden bzw. weiterzuleiten:

Name des Zuwenders/ der Zuwenderin	Geld-/ Sachleistung	Betrag in Euro	Hinweis zur Verwendung	Eingang
Emmi Wiersbitzki Stiftung	Geldleistung	5.000	Förderung der Altenhilfe	17.12.20

**TOP 12 Verweisung von Ratsanträgen in die zuständigen Fachausschüsse:**

VorlNr.

**TOP 12.1 Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept, hier: Erhöhung des Ansatzes für energetische Sanierung für Gebäude auf 900.000 Euro; Antrag CDU vom 11.02.2021**

VorlNr.  
1005/2016-2021

Der Antrag wird in den kommenden Ausschuss für Planung und Hochbau verwiesen.

**TOP 13 Mitteilungen und Anfragen**

VorlNr.

**TOP 13.1 Coronasituation**

VorlNr.

Bgm Weber führt aus, dass im Landkreis Rotenburg eine geringe Inzidenz, die langsam ansteigt, gegeben sei. Er meint, dass man nicht von Ruhe sprechen darf, sondern dass in der Zwischenzeit die Mutation auch im Landkreis Rotenburg vorliege. Dies sehe er nicht ganz unproblematisch. Der in den Rotenburger Werken entstandene Herd von 50 Erkrankten habe begrenzt werden können. Er fordert dazu auf, die AHA-Regeln einzuhalten. Seit Montag laufe das Impfzentrum, bei der drei Impfstraßen eingerichtet worden seien und pro Impfstraße 90-100 Impfungen pro Tag stattfinden können. Die Bürgermeister haben sich für ein dezentrales Impfen eingesetzt, um auch über 80jährigen eine Impfung zukommen zu lassen; zunächst die Kommunen, die von Zeven am weitesten entfernt liegen. Rotenburg ist in der Vorbereitung, wenn es erfolgreich angelaufen ist, dies auch hier anzubieten. Dies werde schätzungsweise bis Ende März dauern. Die Anmeldungen laufen über die Impfzentrale in Hannover.



### **TOP 13.2 Thyssen Krupp**

VorlNr.

---

Bgm Weber berichtet, dass bei Thyssen Krupp die ersten Rollstraßen eingerichtet worden seien. Im Mai werde der Echtbetrieb anvisiert. In der Halle könne 20 cm dicker Stahl geschnitten werden.

### **TOP 13.3 Ronolulu - Erneuerung Sprunganlage**

VorlNr.

---

Bgm Weber trägt vor, dass die Sprunganlage mit dem Sprungbecken im Ronolulu erneuert wird und voraussichtlich zum Mai fertig gestellt sein werde. Er hofft, dass das Schwimmbad bald wieder geöffnet werden könne. Die Stadtwerke planen mit dem Außenbecken bald in Betrieb zu gehen, damit auch z. B. Schwimmkurse wieder angeboten werden können.

### **TOP 13.4 Umgestaltung altes Postgebäude**

VorlNr.

---

Bgm Weber gibt darüber Kenntnis, dass die Umgestaltung des alten Postgebäudes im vergangenen Verwaltungsausschuss präsentiert und mittlerweile ein städtebaulicher Vertrag unterzeichnet worden sei.

### **TOP 13.5 Brockeler Straße**

VorlNr.

---

Bgm äußert, dass die Ausbaumaßnahmen in dem Baugebiet Brockeler Straße momentan noch nicht begonnen werden konnten. Bezüglich der Einfriedung des hinteren Bereichs, insbesondere der städtischen Flächen – er bezieht sich auf einen Leserbrief in der Rotenburger Rundschau– sei mit den Anliegern geeint, dass es mit der Einfriedung nicht in der Form wie ursprünglich angedacht umgesetzt werde, sondern die Wallanlage, die bereits dort gewesen ist, auch so belassen werde, wie sie ist. Auf der anderen Seite werden Zäune zur Abtrennung von privatem und öffentlichem Grund keine Höhe von 1,50 m, sondern niedriger, gestaltet.

### **TOP 13.6 Facebook Seite Stadt Rotenburg**

VorlNr.

---

Bgm Weber gibt bekannt, dass die Stadt Rotenburg eine neue Facebook-Seite erstellt hat, um auch jüngere Menschen zu erreichen und zu informieren.

### **TOP 13.7 Leserbrief von BUND-Vorsitzendem Manfred Radtke**

VorlNr.

---

Bgm Weber nimmt Bezug auf den Leserbrief des BUND-Vorsitzenden Manfred Radtke mit der Überschrift „Das hat wohl offensichtliche Methode“, das er als nicht in Ordnung erachtet, was dort behauptet worden sei. Er habe heute ein Schreiben an die örtliche Presse zur Klärstellung weitergeleitet. Zur Linksabbiegespur Richtung Stockforthsweg habe es Ausgleichsmaßnahmen gegeben, bei der die Verkehrssicherheit im Vordergrund gestanden habe. Dieses Beispiel, sei 6 Jahre her. Das Zweite bezieht sich auf den Parkplatz der BBS, wo der Landkreis zu einer Ausgleichsmaßnahme noch nicht einmal verpflichtet gewesen sei, aber unter Anregung der Stadt es verfolgt wird, dass Anpflanzungen erfolgen. Er weist darauf hin, dass in den letzten Monaten 20 Gespräche/Schreiben und Informationsaustausch stattgefunden haben. Er habe dies der Öffentlichkeit gegenüber klarzustellen, insbesondere, wenn

ein Bauamtsleiter namentlich benannt und auf diese Art und Weise unverdienterweise angeklagt werde.

### **TOP 13.8 Parkplatz am Waldschlösschen**

VorlNr.

---

RH Hickisch stellt fest, dass auf dem Parkplatz am Waldschlösschen seit einigen Wochen ein stark beschädigter Doppelgelenkreisebus aus Kiel steht. Mittlerweile sei dieser eingezäunt. Er fragt, was es damit auf sich habe.

Auch ein Altglas und Altkleidercontainer sei dort deponiert, bei dem auch alte Elektrogeräte hinzugestellt worden seien. Er fragt, wer hierfür zuständig sei.

Bgm Weber erwidert bezüglich des Mülls, dass dies die Aufgabe des Landkreises ist. Auch er sieht die missliche Lage und ergänzt, dass dieses Problem auch auf dem Loh vorliegt. Er hofft, dass die Presse sich des Themas annimmt.

EStRin Nadermann berichtet von zwei unterschiedlichen Busvorgängen, die im Straßenraum abgestellt worden waren. Beim einen wurde ein Bußgeld mit Zwangsgeldverfahren auferlegt, der bereits entfernt worden sei. Der Gelenkbus habe davor im Bereich OBI gestanden und wurde von der Stadt abgeschleppt und gesichert. Auch hier werde der Eigentümer in Verantwortung gezogen.

### **TOP 13.9 Einfriedung in den Ortschaften**

VorlNr.

---

RH Lüttjohann nimmt Bezug auf die Einfriedung im Baugebiet Brockeler Straße und erläutert, dass in den Ortschaften darauf gedrungen worden sei, zu den Abgrenzungen der Natur Einfriedungen vorzunehmen. Die Bauherren wollten eine andere Einzäunung. Er fragt sich, wie das hier auf einmal so geht. Er bittet in Zukunft um Gleichberechtigung und keine „Gutsherrmanier“.

Bgm Weber ist der Meinung, dass zukünftig Baugebiete von vornherein eingefriedet werden sollen, damit nicht erst bebaut und bepflanzt wird und es dann zu Problemen führen könne. Er widerspricht der „Gutsherrmanier“ und erklärt, dass eine Fläche der Stadt, die dahinterliegt, begrünt worden sei. Den Eigentümern sei auferlegt worden, die städtische Fläche wieder frei zu legen. Dann erfolge eine Einzäunung. Es habe eine Einigkeit gegeben, dennoch habe es einen Leserbrief gegeben. Insofern stimmt er RH Lüttjohann zu, dass man nicht dem Wunsch von Anliegern nachgibt und den Aspekt von Gleichberechtigung sehen müsse. Doch sind auch Gefährdungsaspekte zu beachten, wie beispielsweise in der Königin-Christina-Straße.

RH Lüttjohann weist daraufhin, dass dies in den Bebauungsplänen festgesetzt sei.

### **TOP 13.10 Schneeräumungen auf Gehweg**

VorlNr.

---

RF Dembowski sei aufgefallen, dass der Supermarkt an der Verdener Straße die Parkplätze vom Schnee geräumt habe, aber der Gehweg zwischen Parkplatz und Verdener Straße, nicht geräumt worden sei. Sie fragt, wer dafür zuständig ist.

Bgm Weber antwortet, dass der Grundstückseigentümer hierfür verantwortlich ist, der seitens der Stadt angesprochen worden sei. Die Radwege gehören in der Zuständigkeit der Stadt. Hier ergibt sich das Problem, dass bei Schneeräumung von der Straße, Schnee auf den Radweg gelangt oder die Hauseigentümer bei Gehwegräumungen, den Schnee auf den Radweg schieben.

RV Leefers schließt die öffentliche Sitzung um 21:46 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Bürgermeister

gez. Vorsitzende/r

gez. Protokollführer/in

Die Vorlagen sind Bestandteil der Niederschrift.